

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Zukunft der Geothermie

Die **Kleine Anfrage 1558** vom 6. Mai 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht die Landesregierung die Zukunft der Geothermie?
2. Wie sieht die Landesregierung die Zukunft der Geothermie in der Südpfalz vor dem Hintergrund der jüngsten Erdbebenereignisse bei Insheim?
3. Inwiefern haben diese Erdbebenereignisse die Haltung der Landesregierung zur Geothermie in der Südpfalz verändert?
4. Wann erwartet die Landesregierung einen finalen Abschluss der Mediation zur Geothermie?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. Mai 2013 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 4:

Am 21. Mai 2013 wurde in Landau seitens der Landesregierung und den an dem Mediationsverfahren Tiefe Geothermie Vorderpfalz beteiligten Bürgerinitiativen und Unternehmen die Ergebnisdokumentation unterzeichnet.

Damit wurde eine wichtige Phase des Mediationsverfahrens abgeschlossen und das weitere Verfahren in das Geothermieforum übergeleitet. Im Geothermieforum werden noch offengebliebene Fragestellungen behandelt und die bestehenden und künftigen Vorhaben begleitet.

Die Dokumentation beinhaltet u. a. die im Mediationsverfahren konkret erreichten Ergebnisse und bietet die Grundlage für einen verantwortungsvollen Betrieb von Geothermiekraftwerken. Damit liegen weit gehende Rahmenbedingungen für ein hohes Sicherheitsniveau bei Geothermieprojekten und für einen verantwortungs- und maßvollen Ausbau der Nutzung der Tiefen Geothermie vor, durch den bis zum Jahr 2030 hinsichtlich der in Rheinland-Pfalz erzeugten Strommenge ein Anteil von 1 % erreicht werden kann.

Zu Fragen 2 und 3:

Derzeit werden die technischen Abläufe in der Anlage, die den Erschütterungen in Insheim am 17. Februar 2013 vorangegangen sind, analysiert. Aus den Ergebnissen der Untersuchung können ggf. weitere Maßnahmen abgeleitet werden, die das Vorsorge- und Sicherheitsniveau von Geothermie-Kraftwerksanlagen künftig noch weiter erhöhen.

Eveline Lemke
Staatsministerin